

JOCHEN WEICHOLD / HORST DIETZEL

# Europa-Wahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

*Am 7. Juni 2009 finden Wahlen zum Europäischen Parlament statt. In der Bundesrepublik Deutschland haben die politischen Parteien dazu Wahlprogramme veröffentlicht. Diese spielen zwar im Wahlkampf nicht die entscheidende Rolle. Sie geben aber detailliert Auskunft über die Positionen der Parteien gegenüber der Europäischen Union (EU) insgesamt und auf den verschiedenen Politikfeldern. Wir untersuchen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieser Positionen zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD, FDP, Die Grünen und DIE LINKE. Auf von den Positionen der CDU abweichende Standpunkte ihrer Schwesterpartei CSU wird an den entsprechenden Stellen verwiesen.*

## Grundpositionen zur Europäischen Union und ihrer Entwicklung

Die CDU sieht in der EU eine Gemeinschaft, die für die Menschen die besten Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit gewährleisten. In den letzten 50 Jahren habe sich Europa zu einem Kontinent der Toleranz entwickelt. Die EU sei die beste Antwort auf Herausforderungen wie Globalisierung, Sicherung des Wohlstandes, Migration und Klimawandel. Nur gemeinsam könnten die europäischen Staaten die Sicherheit und die Interessen ihrer Bürger in der globalen Ordnung gewährleisten. Die CDU will aber, dass die Identität der einzelnen Mitgliedsstaaten respektiert und die Zuständigkeiten nach dem Subsidiaritätsprinzip geordnet werden. Demgegenüber setzt die CSU auf mehr nationale Handlungsfreiheit und grenzt sich damit von der CDU ab. Insgesamt positioniert sich die CDU mit ihrem Programm zwischen dem europaskeptischen Standpunkt der CSU und den europafreundlicheren Vorstellungen der SPD.

Die FDP meint, dass die EU ein weltweit anerkanntes erfolgreiches Beispiel ist, wie es gelingen kann, Erbfeindschaften zu überwinden, Freiheit zu sichern und Wohlstand zu mehren. Nur die EU gebe uns die Chance, in der Globalisierung erfolgreich zu sein. In der internationalen Finanzkrise sei allein durch das gemeinsame Handeln in der EU unsere Wirtschaft zu sichern. Die brennenden Fragen wie Energiesicherheit, Rohstoffversorgung, Umwelt- und Klimaschutz, Welthandel, innere und äußere Sicherheit könnten von den Nationalstaaten

nicht mehr im Alleingang beantwortet werden. Die FDP bekennt sich zum Vertrag von Lissabon. Sie meint aber, dass die EU ihre »Kraft aus der Beschränkung auf das Wesentliche« schöpfe. Indirekt sprechen sich die Liberalen – wenn notwendig – für ein »Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten« aus.

Die SPD versucht, sich zwischen Konservativen und Liberalen, die auf ein »Europa des Marktes« setzen, und den »Linkspopulisten«, die in »überholten nationalen Denkmustern« verharren, zu positionieren. Beide würden die gestalterische Chance, die ein politisch starkes Europa im globalen 21. Jahrhundert biete, verkennen. Die Sozialdemokraten gehen davon aus, dass sich die Hoffnung der europäischen Einigung auf Frieden und Wohlstand nach Jahren der kriegszerstörten und schlimmsten Leids in zwei verheerenden Weltkriegen erfüllt habe. Heute sehen sie in der EU eine Antwort auf die Globalisierung. Dort, wo die Gestaltungskraft der Nationalstaaten in einer zusammenwachsenden Welt an ihre Grenzen stößt, müsse Europa den Primat der Politik gegenüber den freien Kräften des Marktes behaupten und »dem Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt wie weltweit soziale und ökologische Regeln geben«.

Die Grünen gehen davon aus, dass viele globale Probleme, die uns alle betreffen, nur von der EU gelöst werden können. Hier nennen sie Klimawandel und Energiesicherheit, die Weltfinanzkrise, soziale Gerechtigkeit im globalisierten Wettbewerb, gerechten Welthandel, Schutz vor internationaler Kriminalität und Terrorismus. Anders als CDU, FDP und SPD fordern sie aber eine andere Politik für Europa. Noch immer sei die EU eher

eine Wirtschaftsgemeinschaft als eine Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern. Zu viele Regeln und Entscheidungen der EU setzten einseitig auf wirtschaftliche Interessen und verlören das soziale Europa aus den Augen. *Die Grünen* werben für einen Politikwechsel. Sie halten viele Errungenschaften aus dem Lissabon-Vertrag für wichtig, um die EU demokratischer und handlungsfähiger zu machen. Die Bürgerinnen und Bürger würden direkt von einer verbindlichen Grundrechtecharta mit individuellen einklagbaren Grundrechten oder vom Beitritt der EU zur Menschenrechtskonvention profitieren.

Während also CDU, FDP, SPD und *Grüne* in der EU eine unverzichtbare Antwort auf die Globalisierung sehen und die positive Wirkung der EU in der europäischen Geschichte betonen, ist das Herangehen der Partei DIE LINKE völlig anders. Die Partei schreibt, die herrschende Politik der EU agiere gegen soziale Gerechtigkeit, gegen den weltweiten Frieden und gegen die demokratische Teilhabe der Menschen. Wirtschaftskrise und weltweite militärische Interventionen seien zwei Seiten neoliberaler Politik. Der Vertrag von Lissabon setze diese fatale Politik fort. DIE LINKE will einen Politikwechsel in Europa, »der die Integration auf ein neues Fundament stellen soll«. Als Ziel formuliert DIE LINKE eine Wirtschaft in Europa, »die nicht vom Profitstreben, sondern vom Bedarf geleitet wird. Der Kapitalismus muss überwunden werden. Wir wollen die Diktatur der Finanzmärkte durch eine demokratische Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse ersetzen.«

## Wirtschaftspolitik

Nach Meinung der CDU müssten die Wachstumskräfte der EU gestärkt werden. Innovationen könnten aber nur entstehen, wenn ein »Klima der Freiheit in Verantwortung« herrsche, das »Eigeninitiative, Leistungswillen sowie nachhaltiges und soziales Engagement belohnt«. Die Partei will Bürokratie abbauen und wendet sich gegen unnötige Regulierungen für die Industrie, die kleinen und mittleren Unternehmen, das Handwerk und die freien Berufe. Die Regeln selbst müssten gewährleisten, dass es keine Wettbewerbsverzerrungen gibt.

Die FDP vertritt nahezu lupenreine neoliberale Positionen: Ein klares Bekenntnis zum freien und unverfälschten Wettbewerb in der EU schaffe Wohlstand. In diesem Sinne gehe es um die »Vollendung des Binnenmarktes«. Die FDP versteht darunter u. a. die weitere Liberalisierung der Märkte und den Abbau der noch bestehenden Beschränkungen, so die weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Es gehe um weniger Regulierung und mehr Wettbewerbssicherung. Nicht die Vereinheitlichung in der Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern mehr Wettbewerb stehe hier auf der Tagesordnung. »Kernaufgabe der EU ist es, die Funk-

tionsfähigkeit des Marktes durch ein Mindestmaß an Gesetzgebung sicherzustellen, die dem Bürger verständlich ist und unsere Wirtschaft nicht belastet.«

Die SPD geht anders an das Thema heran. Sie schreibt, dass die Marktideologie von Konservativen und von Liberalen, die den Rückzug der Politik und die alleinige Macht der Märkte beschworen hat, endgültig gescheitert sei. Stattdessen brauche Europa eine Rückkehr zur Politik. Die SPD will, dass die Lissabon-Strategie, Europa zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum weltweit zu entwickeln, weiter mit Nachdruck verfolgt wird. Durch einen »Europäischen Zukunftspakt für Arbeit« soll vor allem die Energie- und Breitband-Infrastruktur ausgebaut werden. Danach erst ist die Rede vom Ausbau des europäischen Binnenmarktes. Hier will die SPD den Schwerpunkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen sowie des Handwerks legen.

Die Antwort der *Grünen* lautet: »Nachhaltig Wirtschaften – für einen Grünen New Deal.« Dieser setze als globale Strategie auf »proaktive Krisenlösungen durch eine verstärkte Koordination von Finanz-, Struktur-, Umwelt- und Entwicklungspolitik«. Im Rahmen dieser Strategie wollen *Die Grünen* mit einem »konzentrierten sozial-ökologischen Investitionsprogramm in Europa Impulse gegen die Rezessionsgefahr setzen, um so ein nachhaltigeres grünes Umsteuern in einer stabileren sozialen Wirtschafts- und Finanzwelt zu erreichen«. *Die Grünen* treten für mehr lokales, unabhängiges Wirtschaften ein, ohne das allerdings näher zu erläutern. Die Partei will aber auch eine wirksame europäisch koordinierte Wirtschaftspolitik. Man lehnt eine entfesselte Ökonomie und neuen Protektionismus ab. Europa müsse wirtschaftlichen Erfolg auf Innovation und Umweltechnologie sowie auf starke ArbeitnehmerInnen bauen und nicht auf einen Wettbewerb um Niedriglöhne und Minimalstandards. Außerdem soll es spezielle Unterstützungsfonds geben und Risikokapital für Start-ups im Bereich nachhaltiger Produkte und Produktion zur Verfügung gestellt werden.

Im Gegensatz zu CDU, FDP und SPD und teilweise zu den *Grünen* stehen die wirtschaftspolitischen Positionen der Partei DIE LINKE. Sie geht davon aus, dass die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik der EU durch das Profitstreben der Konzerne, Banken und Finanzfonds bestimmt wird. »Dies muss beendet werden.« DIE LINKE wendet sich gegen die einseitige Fixierung auf Exportsteigerung der EU. Während die anderen Parteien die Notwendigkeit der Wettbewerbsfähigkeit der EU hervorheben, wendet sich DIE LINKE dagegen, dass die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt gemacht werden soll. Diese Strategie hätte zu einer Explosion der Unternehmensgewinne und zu einem drastischen Rückgang der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, prekärer Beschäftigung und Armut geführt. Deshalb will die

Partei die Lissabon-Strategie durch »eine neue, integrierte EU-Strategie für Solidarität, nachhaltige Entwicklung und soziale Integration« ablösen. DIE LINKE plädiert für die Stärkung der europäischen Binnenwirtschaft. Sie will die öffentliche Daseinsvorsorge rekommunalisieren, die Netzinfrastrukturen (Strom, Gas, Wasser, Bahn, Telekommunikation) sowie bedeutende Unternehmen, die Politik und Wettbewerb beherrschen, in öffentliches Eigentum überführen und nicht zuletzt eine europäische Wirtschaftsregierung.

## Landwirtschaftspolitik

An die Landwirtschaftspolitik gehen die Parteien unterschiedlich heran. Die CDU will sich als Interessenvertreterin der deutschen Landwirte profilieren. Sie will dafür sorgen, dass »unsere Bauern einen Ausgleich für höhere Produktionsstandards erhalten«. Auf das Instrument der Direktzahlungen dürfe nicht verzichtet werden. Die Partei will auch »mit den in Brüssel erwirkten Milchfonds die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Milcherzeuger durch Investitionshilfen verbessern«.

Die FDP strebt weitere marktwirtschaftliche Reformen sowie eine Stärkung der Eigentumsrechte landwirtschaftlicher Unternehmer, einen umfassenden Bürokratieabbau, den Ausstieg aus der Milchquote 2015, den Ausstieg aus Exportsubventionen und aus produktabhängigen Stützungen in der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die vollständige Umsetzung des FDP-Modells der Kulturlandschaftsprämie an.

Während die SPD das Thema meidet, setzen sich *Die Grünen* für einen radikalen Umbau des EU-Agrarhaushaltes ein. Mit europäischen Mitteln sollen der ökologische Landbau, eine nachhaltige ländliche Wirtschaft und der Einstieg in eine ausgewogene Ernährungspolitik gefördert werden.

Eine Kernaussage der LINKEN besteht darin, die Stellung der Landwirte am Markt deutlich zu stärken, die Marktmacht der Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten zu begrenzen, um faire Preise zu sichern. Unterstützt werden sollen vielfältige Kooperationsbeziehungen bis hin zur Bildung von Genossenschaften. Die Konzentration von Bodeneigentum und die Spekulationen auf dem Agrarrohstoffmarkt seien zu unterbinden, Exportsubventionen abzuschaffen.

## Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik

Als Reaktion auf die internationale Finanzkrise wollen CDU und SPD in ihrer *Finanzpolitik* die Banken- und Finanzmarktaufsicht verbessern, Hedge-Fonds stärker kontrollieren und das Bonus-System der Manager verändern. Die FDP kritisiert in erster Linie die unzulängliche

staatliche Finanzaufsicht und sieht in der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) einen besonderen Wert. *Die Grünen* gehen über CDU und SPD hinaus. Sie wollen eine europäische Finanzumsatzsteuer. Wie allerdings ein »Bretton Woods II«, aussehen soll, wird nicht mitgeteilt. Allein DIE LINKE will die Banken verstaatlichen und Hedge-Fonds und Private Equity Fonds verbieten.

Zur *EU-Haushalts- und Steuerpolitik* positionieren sich ebenfalls alle Parteien. Die CDU tritt ausdrücklich dafür ein, die Stabilität des Euro zu wahren. Dafür gebe es zwei unterschiedliche Garanten: die Unabhängigkeit der EZB und ihre Ausrichtung auf Stabilität sowie die Maastrichter Stabilitätskriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Pfeiler der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Das Finanzsystem müsse aber grundlegend und entsprechend der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedsstaaten reformiert werden, ohne dass die EU eigene Kompetenzen zur Steuererhebung oder zur öffentlichen Kreditaufnahme erhält.

Auch die FDP will den EU-Haushalt grundlegend reformieren. An Stelle der Mehrwertsteuerabführungen soll jeder Mitgliedsstaat maximal ein Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) aufbringen. Die FDP wendet sich gegen eine EU-Steuer, will das EU-Verschuldungsverbot beibehalten und plädiert für eine strikte Ausgabenobergrenze. Vor allem will die Partei den »Subventionswettlauf« aufgrund der Kohäsions- und Strukturfonds beenden. Die EU-Gelder müssten auf die »wirklich bedürftigen Regionen als Hilfe zur Selbsthilfe konzentriert« werden. Die Agrarförderung soll auf nationale Ko-Finanzierung umgestellt und die Direktzahlungen ab 2014 stufenweise reduziert werden.

Die SPD tritt für einen zukunftsgerichteten Haushalt der EU ein, der auf Innovation, Forschung und Entwicklung ein besonderes Gewicht legt. Die europäischen Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik müssten dazu weiter zurückgefahren und die frei werdenden Mittel konsequent für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden. Bei der anstehenden Neuausrichtung des EU-Haushaltes plädiert die SPD für weniger Zuweisungen aus den nationalen Haushalten und für den langfristigen Aufbau einer eigenen Einnahmequelle der EU. Die Partei wendet sich dagegen, dass sich die EU-Staaten durch ungehemmte steuerliche Konkurrenz untereinander, gerade bei den Unternehmenssteuern, gegenseitig der öffentlichen Finanzgrundlagen berauben. Sie tritt deshalb für eine einheitliche Bemessungsgrundlage bei den Unternehmenssteuern ein.

*Die Grünen* wollen einen »Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik« und eine Reform der Haushaltspolitik der EU. Im Unterschied zu anderen Parteien wollen sie mittelfristig den EU-Haushalt zum einen aus dem Aufkommen von europaweiten Steuern finanzieren. Die zweite Säule soll eine Finanztransaktionssteuer bilden. Eine

dritte Säule sehen *Die Grünen* in einer »europäischen Kerosinbesteuerung«. Mit diesen drei Säulen ließe sich nach Auffassung der Partei der EU-Haushalt komplett finanzieren. Die Ausgaben sollen in den Klimaschutz, in die ländlichen Räume, in Forschung und Bildung umgelenkt werden. Außerdem soll durch eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage für ausgewählte Steuern der ruinöse Wettlauf der Steuersysteme um die geringsten Standards beendet werden. Es soll in Europa ein Mindestsatz bei der Unternehmenssteuer festgelegt werden.

Ähnlich wie *Die Grünen* will auch DIE LINKE grundlegende Veränderungen in der EU-Haushaltspolitik. Sie setzt sich dafür ein, dass in erster Linie die Mittel für die Bekämpfung von Armut, für die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit, für den sozialökologischen Umbau und für die Regional- und Strukturpolitik aufgestockt werden. Einsparungen gelte es bei Rüstungsausgaben und Geldern für militärische Missionen vorzunehmen. Die Eigenmittelobergrenze soll auf 1,24 Prozent des EU-weiten Bruttonationaleinkommens angehoben werden. Großunternehmen und Banken sollen deutlich mehr an der EU-Finanzierung beteiligt und die von einigen Mitgliedsstaaten ausgehandelten Rabatte auf ihre EU-Beiträge abgeschafft werden. Die nationalen Steuerpolitiken sollen koordiniert und die Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern vereinheitlicht werden, um das Steuerdumping innerhalb der EU zu beenden.

## Arbeitsmarktpolitik und Arbeitnehmerrechte

»Gute Arbeit« und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer thematisieren vor allem die SPD und DIE LINKE, aber auch *Die Grünen*. Alle drei Parteien plädieren (bei Unterschieden im Einzelnen) für gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne, für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort, für verbesserte Standards bei der Arbeitszeit bzw. für deren Reduzierung, für die Ausweitung der Mitbestimmung auf europäischer Ebene und für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Am weitesten geht DIE LINKE. Sie setzt sich dafür ein, dass prekäre Beschäftigung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und befristete und andere unsichere Arbeitsverhältnisse abgeschafft werden. Leiharbeit soll es nur in Ausnahmefällen geben. Außerdem will DIE LINKE eine »neue Art der Vollbeschäftigung« und die Arbeit neu- und umbewerten.

## Sozialpolitik

Im Herangehen an die Sozialpolitik gibt es gravierende Unterschiede zwischen CDU und FDP einerseits und

SPD, *Die Grünen* und der Partei DIE LINKE andererseits. Während dieses Politikfeld bei CDU und FDP nur einen geringen Stellenwert einnimmt und sie vor allem einen Lobgesang auf die »Soziale Marktwirtschaft« anstimmen, hat es bei den anderen Parteien – trotz aller Differenzierung – eine weitaus größere Bedeutung. Hier wird – im Unterschied zu CDU und FDP – ein »soziales Europa« als Gegenpol zu wirtschaftsliberalen Positionen thematisiert. SPD, *Grüne* und LINKE plädieren für einen europäischen Sozialpakt bzw. für eine europäische Sozialunion, die der Wirtschafts- und Währungsunion gleichrangig ist und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessern soll. Europa soll zu einem diskriminierungsfreien Raum der Chancengleichheit gemacht werden.

DIE LINKE begreift Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe. Sie thematisiert schwerpunktmäßig den Erhalt und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und fordert einen Pakt zur Beseitigung der Armut. Darin sollen die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, dafür zu sorgen, dass in fünf Jahren kein Mensch in Europa mehr unterhalb der Armutsgrenze von 60 Prozent des jeweiligen Durchschnittseinkommens leben muss. Im Gegensatz zu den anderen Parteien bewertet DIE LINKE den Lissabon-Prozess auch auf sozialpolitischem Gebiet negativ für die Bürgerinnen und Bürger Europas. Alle Parteien sind allerdings (bei Unterschieden im Detail) gegen eine Vereinheitlichung der Sozialsysteme in der EU.

## Umwelt- und Energiepolitik

Auf *umweltpolitischem Gebiet* stehen in allen untersuchten Wahlprogrammen Klimaschutz und Energiepolitik im Zentrum. Während vor allem die FDP auf den Markt setzt, plädieren SPD, *Grüne* und LINKE in der Umweltpolitik für einen Mix aus ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten. Die SPD engagiert sich für eine »ökologische Industriepolitik, die Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt zusammenbringt«. *Die Grünen* sehen in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie den Schlüssel zur Lösung der Zukunftsprobleme und setzen auf einen Green New Deal. DIE LINKE betont (bei deutlichen Gemeinsamkeiten mit SPD und *Grünen*) auch in ihren umweltpolitischen Vorstellungen am stärksten von allen Parteien den sozialen Aspekt: »Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen sind zwei Seiten einer Medaille.«

Alle Parteien sehen im *Klimaschutz* eine zentrale Aufgabe. Die SPD betont, Klimaschutz sei nicht nur eine ökologische Aufgabe, sondern ebenso eine ökonomische und sicherheitspolitische Herausforderung. *Die Grünen* warnen davor, das drängendste Problem – die Finanz- und Wirtschaftskrise – zu Lasten des wichtigsten Prob-

lems – des Klimawandels – lösen zu wollen. Allein DIE LINKE betont, dass die globalen Aufgaben in der Klima- und Energiepolitik gegen die kurzfristigen Rendite-Interessen von Banken, Fonds und Konzernen durchgesetzt werden müssten.

Das eingeführte multinationale marktwirtschaftliche System des *Emissionshandels* stellt nach Auffassung der CDU eine gute Balance zwischen Ökonomie und Ökologie dar. Die Union will dieses System deshalb zu einem globalen System weiterentwickeln. Die FDP erklärt, vorrangiges Ziel sei ein globaler Kohlenstoffmarkt. Der Emissionshandel müsse als zentrales Element kosteneffizienter Klimapolitik weiterentwickelt und auf alle Wirtschaftssektoren ausgeweitet werden. Die SPD sieht im Emissionshandel einen Eckpfeiler des EU-Klima- und Energiepakets. *Die Grünen* wollen den Emissionshandel weiterentwickeln, indem die Zertifikate vollständig versteigert und nach dem Luft- auch der Schiffsverkehr in das Handelssystem mit einbezogen wird. Hingegen habe nach Auffassung der Partei DIE LINKE der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument versagt. An seine Stelle müssten deshalb radikale ordnungspolitische Eingriffe in die Energiewirtschaft treten.

Auf dem Feld der *Energiepolitik* macht sich die CDU vor allem mit dem Blick auf Erdöl- und Erdgas-Ressourcen für eine »schlagkräftige Energieaußenpolitik« der EU stark, weil die Versorgungssicherheit eine Aufgabe sei, die die Einflussmöglichkeiten einzelner Mitgliedsstaaten übersteige und nur gemeinsam durch die EU gelöst werden könne. Die FDP fordert, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis 2020 auf 20 Prozent auszubauen. Andererseits verlangt sie eine Senkung der Stromsteuer bzw. einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Energie, was in der Konsequenz einen höheren Energieverbrauch stimulieren würde. In die gleiche Richtung geht ihre Forderung nach »Streichung willkürlicher Verteuerungsinstrumente« wie der Ökosteuer.

Die SPD engagiert sich für eine ambitionierte und integrierte Klima- und Energiepolitik, die die Ziele Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und ökologische Nachhaltigkeit zusammenbringt. *Die Grünen* und DIE LINKE sehen (bei Unterschieden im Detail) in einer radikalen Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung die Voraussetzung für eine friedliche Energieaußenpolitik. Eine militärische Sicherung von Rohstoffen lehnen sie ab. EURATOM wollen sie abschaffen. Eine Abkehr von der fossil-atomaren Energieversorgung sei auch eine zentrale friedenspolitische Investition. Mit einer solchen Energiewende würden nicht zuletzt nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen.

Zu den Hauptstreitpunkten auf dem Gebiet der Energiepolitik gehört die Frage der Nutzung der *Kernkraft* und der Nutzung *fossiler Energieträger*. Während die FDP und die SPD die Frage in ihren Programmen offen lassen,

erklärt die CDU, auf absehbare Zeit sei die EU auf die Nutzung fossiler Energieträger und der Kernkraft angewiesen, wenn sie Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum beibehalten wolle. Sie werde sich deshalb für eine europäische Energiestrategie einsetzen, die den Einfluss der EU auf den globalen Energiemärkten erhöht. *Die Grünen* und DIE LINKE fordern hingegen den europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft und wenden sich gegen den Neubau von Kohlekraftwerken. DIE LINKE verweist darauf, dass die fortgesetzte Nutzung der Atomenergie sowie der Bau neuer fossiler Großkraftwerke den Übergang zu den erneuerbaren Energien behindern und die monopolistischen Marktstrukturen zementieren würden.

Aussagen zu *Bio- und Gentechnologien* finden sich bei der FDP, bei den *Grünen* und bei den LINKEN, aber auch bei der CSU. Während die FDP prinzipiell für deren Nutzung eintritt, vertreten die drei anderen Parteien hierzu – in sich differenzierte – ablehnende Positionen. CDU und SPD schweigen zu diesem Thema.

## Bildungspolitik

Auf dem Gebiet der Bildungspolitik betonen alle Parteien die Notwendigkeit des verbesserten Zugangs zu Bildung und die Bedeutung des Erwerbs von Fremdsprachen in einem zusammenwachsenden Europa. Vor allem *Die Grünen* und die FDP setzen sich für die reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und von Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudienaufenthalten innerhalb der EU ein. Aber nur DIE LINKE, die SPD und *Die Grünen* thematisieren, dass der Erwerb von Bildung nicht vom Geldbeutel abhängig sein dürfe, und nur DIE LINKE wendet sich gegen Privatisierungen im Bildungsbereich und gegen die Erhebung von Studiengebühren.

## Bürgerrechte und Demokratie

In der Frage von *Bürgerrechten und Demokratie* zeigt sich ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der LINKEN, der FDP und – mit gewissen Abstrichen – der SPD auf der einen Seite und der CDU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren, ist dies für die Union kein Thema. Vielmehr laufen die von ihr anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Die CDU verspricht zwar einerseits, sich für eine offene Gesellschaft einzusetzen. Dieses Leitbild bleibe Maßstab und Verpflichtung für eine europäische Innenpolitik. Andererseits meint die CDU, die europäische Einigung, die uns mehr Freiheit bringe, dürfe nicht zu einem Verlust an Sicherheit führen. Damit begründet die Partei ihr Eintreten für eine Stärkung der Zusammenarbeit im Si-

cherheitsbereich (FRONTEX, grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit mit gemeinsamen Polizeizentren, europaweit abrufbaren Fahndungsausschreibungen und dem Abgleich von Ermittlungsdaten).

Die SPD wirbt für »eine freie Gesellschaft mit starken Bürgerrechten« und für die Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta. Diese Charta mit ihrem umfangreichen Bestand an sozialen Grundrechten sei Inbegriff einer gemeinsamen europäischen Werteordnung, in deren Mittelpunkt nicht der Markt, sondern der Mensch stehe. Aber mit der Begründung, die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Europa wirksam zu gewährleisten, will die SPD (ähnlich wie die CDU) die polizeiliche Zusammenarbeit weiter verbessern, die Befugnisse von Europol ausweiten, die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX stärken, den Informationsaustausch zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten erleichtern und eine bessere Koordinierung der Strafverfolgungsbehörden erreichen.

*Die Grünen*, DIE LINKE und die FDP treten für eine EU ein, die wirklich demokratisch, transparent und bürgernah ist. Sie sprechen sich dafür aus, die Rechte des Europäischen Parlaments zu stärken. Sie halten den Schutz der Grundrechte der Bürger für unverzichtbar, fordern die Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta in allen EU-Mitgliedstaaten und einen wirksamen Datenschutz und wenden sich gegen die Vorratsdatenspeicherung und die angestrebte Art der verstärkten Zusammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsdienste. Sie wollen eine Europäische Union, in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit garantiert sind und die Bekämpfung von Kriminalität nicht zulasten der Grund- und Menschenrechte gehe. *Die Grünen* erklären in diesem Sinne: »Es darf keine Erosion von menschenrechtlichen Standards im Kampf gegen den Terrorismus geben, sonst verlieren wir am Ende Freiheit und Sicherheit.«

Zur Frage von *Volksentscheiden und anderen Instrumenten der direkten Demokratie* nehmen die im Bundestag vertretenen Parteien sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Positionen ein. Während sich die FDP, *Die Grünen*, DIE LINKE und die CSU für die Einführung von Volksentscheiden einsetzen, lehnt die CDU dies als populistisch ab. Die SPD geht auf diese Frage nicht ein.

Nach Meinung der FDP sollte in den EU-Verträgen die Möglichkeit verankert werden, dass die Bürgerinnen und Bürger über Fragen, die für die Fortentwicklung der Union von grundlegender Bedeutung sind, einen EU-weiten Volksentscheid herbeiführen können. *Die Grünen* und DIE LINKE wollen mit Volksentscheiden und anderen Instrumenten der direkten Demokratie erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger auf europäische Entscheidungen wirksam Einfluss nehmen können.

Alle untersuchten Parteien positionieren sich in ihren Wahlprogrammen zum *Reformvertrag von Lissabon*. Während ihn aber CDU, FDP, SPD und *Die Grünen* für

einen Schritt in die richtige Richtung halten, lehnt DIE LINKE diesen Vertrag konsequent ab, weil mit ihm die neoliberale Wirtschaftspolitik und die Politik der Militarisierung der EU fortgesetzt werden sollen. Dagegen treten sowohl CDU und FDP als auch SPD, *Die Grünen* und DIE LINKE – bei unterschiedlicher Akzentuierung – für die Schaffung einer *echten Verfassung* der Europäischen Union ein. *Die Grünen* plädieren für einen schlanken Grundlagentext, der sich auf Werte und Ziele der Union, Grundrechte, Symbole und Regeln zu den Institutionen beschränke, der die Bürgerrechte samt den sozialen Rechten garantiere und ökologische Nachhaltigkeit durchsetze. Für DIE LINKE ist wichtig, dass eine EU-Verfassung in ihren Aussagen wirtschaftspolitisch neutral und für künftige Gesellschaftsentwicklungen offen ist, dass Menschenrechte und Grundfreiheiten Vorrang vor dem Marktradikalismus bekommen.

Fragen der *Migrations- und Flüchtlingspolitik* werden in allen untersuchten Wahlprogrammen aufgegriffen. Während sich vor allem DIE LINKE und *Die Grünen* in ihren Wahlprogrammen für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten einsetzen, deren Lage verbessern wollen und sich gegen eine »Festung Europa« wenden, setzt die CDU, aber auch die SPD, auf Begrenzung von Einwanderung. Beide Parteien stellen dabei die ökonomischen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten in den Vordergrund.

## Europa in der Welt

Hinsichtlich der *Rolle Europas in der Welt* und der in diesem Kontext stehenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen betonen alle Parteien – bis auf die CDU – die Bedeutung von Friedenssicherung und Abrüstung und den Gedanken, durch präventive diplomatische Schritte das Ausbrechen internationaler Konflikte zu vermeiden. Mit Ausnahme der LINKEN treten alle Parteien für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union ein.

Die CDU formuliert in geradezu imperialer Sprache: »Nur durch ein einiges Europa können auch wir unsere Interessen in der Welt durchsetzen. Deshalb wollen wir eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.«

Dagegen betont die FDP, dass multilaterale Lösungen für die Liberalen das erste Mittel der Wahl bleiben würden, um Interessenkonflikte zu bewältigen. Rüstungskontrolle und Abrüstung seien als integrale Bestandteile der GASP unverzichtbar. Europa müsse sein politisches Gewicht für eine neue Abrüstungspolitik in die Waagschale werfen.

Auch nach Auffassung der SPD müsse Europa in seiner Außenpolitik auf partnerschaftliche Lösungen setzen. Nicht multipolare Konfrontation, sondern multilaterale Kooperation sei das Gebot der Stunde. Von Europa

müsse der Impuls für eine neue Entspannungspolitik ausgehen. Langfristiges Ziel müsse dabei eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen sein.

*Die Grünen* wollen die EU als Zivilmacht stärken. Die EU müsse zur Anwältin für weltweiten Frieden und Menschenrechte, für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung werden. Sie müsse der Krisenprävention und zivilen Konfliktbewältigung Vorrang in der gemeinschaftlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben. Die Partei betont, dass sie eine Außenpolitik der EU, die nur als Deckmantel für die Machtpolitik einzelner Nationalstaaten dient, ablehnt.

DIE LINKE erklärt, Krieg dürfe kein Mittel der Politik sein, und will die begonnene Militarisierung der EU stoppen. Sie will eine europäische Verfassung, die die EU eindeutig auf die Sicherung des Friedens, auf zivile Konfliktlösungen und auf Abrüstung verpflichtet. Sie will eine friedliche Europäische Union, die im Sinne der UNO-Charta Krieg ächtet, die strukturell nicht angriffsfähig, frei von Massenvernichtungswaffen ist und sowohl auf den Ausbau militärischer Stärke als auch auf eine weltweite militärische Einsatzfähigkeit verzichtet.

Alle Parteien setzen sich in ihren Programmen für ein gutes Verhältnis sowohl zu den *USA* als auch zu *Russland* ein. Nur DIE LINKE vermeidet eine Aussage zur transatlantischen Partnerschaft.

Während CDU, FDP, SPD und DIE LINKE hinsichtlich der *europäischen Integration* unterstreichen, dass die *Erweiterung* der Europäischen Union zur gleichen Zeit eine *Vertiefung* des Einigungsprozesses erfordere, damit Europa handlungsfähig bleiben könne, äußern sich *Die Grünen* nicht zu dieser Problematik. So plädiert die CDU für die Einleitung einer Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess, in der die Festigung der Identität und der Institutionen der EU Vorrang vor weiteren EU-Beitritten haben müsse. Der europäische Erweiterungsprozess, postuliert die Partei prinzipiell, müsse zur Stärkung der europäischen Identität beitragen. Nur europäische Staaten dürften einen Beitrittsantrag an die EU stellen. Die FDP macht die Umsetzung der im Lissabon-Vertrag fixierten Reformen zur Vorbedingung für die Beitritte weiterer Staaten zur EU.

Die SPD fordert, die EU-Erweiterungspolitik müsse als vorausschauende Friedenspolitik fortgeführt werden. Sie plädiert daher auch für eine EU-Beitrittsperspektive für die Staaten des westlichen Balkans. *Die Grünen* betonen: »Die Möglichkeit zur Erweiterung der EU ist Kern ihrer friedensstiftenden Wirkung.« Konkrete Beitrittstermine könne es allerdings erst geben, wenn alle »Kopenhagener Kriterien« für den Beitritt erfüllt und wenn die Regelungen der EU übernommen seien.

DIE LINKE tritt für die Fortsetzung der EU-Erweiterung und für eine stabile gesamteuropäische Struktur ein, um die noch bestehenden politischen und ökonomischen Trennlinien zu überwinden. Wie für *Die Grünen*

sind für DIE LINKE eine demokratische Regierungsform, die Gewährleistung und Durchsetzung der Menschenrechte für jedermann im Alltag, die Achtung und der Schutz von Minderheiten und Rechtsstaatlichkeit wichtige Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft. Im Sinne der Vertiefung der europäischen Integration stellt die Partei fest, auch die EU selbst müsse die politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Voraussetzungen für künftige Erweiterungsschritte schaffen.

Während FDP, SPD und *Die Grünen* für eine *Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union* eintreten, wenn sie die »Kopenhagener Kriterien« vollständig und umfassend erfüllt, plädiert die CDU lediglich für eine »Privilegierte Partnerschaft«. Für die FDP seien die Umsetzung der Reformen in der Türkei und die Aufnahmefähigkeit der EU der Schlüssel für den Beitritt des Landes zur EU. DIE LINKE vermeidet eine konkrete Aussage zu dieser Frage. Sie fordert in einem anderen Kontext soziale und rechtliche Reformen in der Türkei und schreibt: »Die Türkei muss die politischen und Menschenrechte aller Einwohnerinnen und Einwohner, darunter aller Minderheiten, achten und rechtsverbindlich garantieren.«

In der Frage einer verstärkten *militärischen Zusammenarbeit in der Europäischen Union* gibt es einen unüberbrückbaren Graben zwischen CDU, FDP, SPD und *Grünen* auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Während DIE LINKE konsequent alle Schritte ablehnt, die darauf hinauslaufen, die EU in eine militärische Interventionsmacht zu verwandeln, treten CDU, FDP, SPD und *Grüne* – wenn auch sehr differenziert – dafür ein, einen militärischen Arm der EU zu schaffen. Dabei formulieren CDU, FDP und SPD ihr Ziel des Aufbaus einer europäischen Armee völlig unverbürgt, *Die Grünen* dagegen eher verschämt.

Die CDU will sich im Europawahlkampf offensichtlich die Stimmen der sogenannten Landsmannschaften sichern und macht sich mehr oder weniger verdeckt zum Vertreter *revanchistischer Forderungen* in der Eigentumsfrage. Vor allem mit dem Blick auf Polen und die Tschechische Republik – allerdings ohne diese Länder beim Namen zu nennen – betont die CDU, das Recht auf die Heimat gelte. Vertreibungen jeder Art müssten international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.

Von allen anderen Parteien geht nur DIE LINKE auf dieses Thema ein. Sie wendet sich besonders gegen Ansprüche auf Eigentum und Gebiete in Osteuropa sowie gegen Geschichtsrevisionismus, wie er von Vertriebenenverbänden forciert wird.

## Resümee

Ein Vergleich der Wahlprogramme von CDU, FDP, SPD, der *Grünen* und der LINKEN zur Europawahl 2009 kann den Blick auf die Positionen der Parteien hinsichtlich übergreifender Politiklinien eröffnen, die Nähe oder Ferne dieser Positionen auf diesen Linien markieren und sowohl mögliche Kooperationen miteinander als auch wahrscheinliche Auseinandersetzungen zwischen ihnen antizipieren.

Eine Einordnung der Parteien – bezogen auf derartige übergreifende Politiklinien – gestaltet sich jedoch schwierig, wenn man sämtliche Politikfelder betrachtet. Am klarsten ist das Bild auf der *Achse »Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung«*. Hier liegen CDU und FDP nahe zusammen. SPD und *Grüne* verorten sich programmatisch eher auf einer mittleren Position und nähern sich hier teilweise der LINKEN. Betrachtet man die Politikfelder Demokratie und Bürgerrechte, dann bilden auf der *Achse »libertäre versus autoritäre Orientierung«* die CDU auf der autoritären Seite und die LINKE sowie *Die Grünen* auf der libertären Seite die Gegenpole. Die SPD befindet sich hier dazwischen (und zwar eher bei der CDU), die FDP näher bei *Grünen* und LINKEN. Auf dem Feld der Asyl- und Flüchtlingspolitik und der Zuwanderungspolitik steht die Union auf der *Achse »nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus weltoffene Orientierung«* tendenziell auf der Seite des Nationalen. Die SPD neigt hier eher zu den Positionen der CDU. DIE LINKE, *Die Grünen*, aber auch die FDP sind auf dem Pol der Weltoffenheit zu verorten. Bei

der Europapolitik insgesamt trifft dieses Bild zwar auf die Union zu, nicht aber auf die SPD. Letztere gibt sich hier weltoffener.

## Quellen

Für die Aussagen der einzelnen Parteien wurden folgende Quellen herangezogen:

- Für die *CDU*: Starkes Europa – Sichere Zukunft. Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Europawahl 2009, Berlin, 16. März 2009.
- Für die *FDP*: Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009, Berlin [2009].
- Für die *SPD*: Europamanifest der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009. Für Europa: stark und sozial! [Berlin 2008].
- Für *Die Grünen*: Bündnis 90/Die Grünen: Volles Programm. Mit Wums für ein besseres Europa, Berlin 2009.
- Für *DIE LINKE.*: Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Europawahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE, Berlin 2009.

*Die ausführliche Studie zu den Wahlprogrammen zur Europawahl 2009 finden Sie unter:*  
<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=18949> .